LZ-Rheinland

Artikel vom 25.06.2020 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 00:35 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/nachhaltig-und-oekonomisch

Nachhaltig und ökonomisch!



Wenn man Naturschutzmaßnahmen in der breiten Fläche sehen möchte, muss auch die gesamte Gesellschaft dahinter-stehen und dies fördern. Andrea Hornfischer

Auf Bundes- und europäischer Ebene fordert die Politik mehr Naturschutz in der Landwirtschaft, wie beim Green Deal. Nachhaltiger Naturschutz kann aber nur gelingen, wenn die Mehrkosten und die Benachteiligung der Landwirte im Wettbewerb angemessen honoriert werden, anstatt sie ihnen per Gesetz aufzubürden.

Die Spitze der Corona-Pandemie scheint – trotz erschütterndem Ausbruch bei Tönnies – überstanden und es bleibt die Frage, ob der Verbraucher auch in Zukunft mehr regional einkauft und die deutsche Landwirtschaft weiter stärken möchte, anstatt auf „Billig, billig“-Produkte aus Drittländern zu setzen, die einfach günstiger produzieren können, da sie niedrigere Umwelt-, Natur- und Arbeitsschutzstandards haben. Doch kaum ist die Corona-Angst überwunden, kommen Rufe aus der Bundespolitik, die Tierhaltung endlich umzubauen, die Vorschläge der Borchert-Kommission weiter voranzutreiben und vieles mehr. Auch auf Europa-Ebene wird seit zwei Wochen ganz klar mitgeteilt: So wie bisher kann die Agrarpolitik nicht weitergehen, sie müsse ökologischer werden, der europäische Green Deal müsse schnell umgesetzt werden. Auf der anderen Seite stehen die deutschen Bauern, die gerade mit leicht fallenden Erzeugerpreisen und aufgrund der Trockenheit mit niedrigeren Erträgen und Futterknappheit rechnen. Da fragt man sich schon, wie all diese Forderungen so umgesetzt werden sollen, dass die Betriebe hierzulande noch wirtschaftlich bleiben. Forscher kommen zu dem Schluss, dass Notfallkredite wirkungsvoller sind als Zuschüsse. Aber welcher Bauer hat Lust, seine Zukunft auf Liquiditätshilfen zu bauen?

Unsere landwirtschaftliche Produktionsweise ist auf Wettbewerbsfähigkeit, Effektivität und hohe Erträge ausgerichtet. Wenn jetzt mehr Naturschutz und eine ökologische Ausrichtung der Landwirtschaft gefordert werden, muss man ganz klar sagen: Ordnungsrecht hilft der deutschen Landwirtschaft nicht weiter, sondern wirft sie weiter im Wettbewerb zurück oder bedroht am Ende sogar die Existenz der Betriebe.

Arten- und Naturschutz muss in der Landwirtschaft honoriert werden. Wenn eine Leistung vorliegt, die Landwirte im internationalen Wettbewerb benachteiligt, müssen diese Mehrkosten bezahlt werden. Wenn man mehr Agrarumweltförderung und Vertragsnaturschutz möchte, muss dabei wenigstens genauso viel oder am besten sogar mehr im Portemonnaie bleiben, als wenn der Bauer die Ackerfrucht auf dem Markt verkaufen würde. Bauern, die sich im Naturschutz einsetzen, dürfen nicht allein mit „Freude und Ehre“ belohnt werden, sondern mit echten finanziellen Anreizen.

Solange die Gesellschaft an den harten gesellschaftlichen Fakten nichts verändert, wie zum Beispiel an dem nicht sinken wollenden Flächenverbrauch, und sich den Artenschwund, aber auch die Billig-Produkte aus Drittländern „leisten“ möchte, müssen die „Lösungsschaffenden“ auf der anderen Seite – nämlich die Bauern – einen Ausgleich erhalten. Denn die Flächenrücknahme, der Verlust an Strukturen wie Hecken, die Beeinträchtigung der Lebensräume durch Zerschneidung, der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und vieles mehr liegen ganz klar bei der Landwirtschaft, aber die Ursache ist eine gesellschaftliche. Wenn man Naturschutzmaßnahmen in der breiten Fläche sehen möchte, muss auch die gesamte Gesellschaft dahinterstehen und dies fördern.

Die rheinischen Bauern setzen auf Freiwilligkeit und Kooperationen. Um nur einige Beispiele zu nennen: die Kooperationsvereinbarung zum Schutz der Streuobstbestände, die freiwillige Vereinbarung zur Förderung der Biodiversität oder das Anlegen von Blühstreifen und blühenden Zwischenfrüchten. Seit über 15 Jahren haben sie dabei die Stiftung Rheinische Kulturlandschaft an ihrer Seite, die auch in dieser Woche wieder ein Projekt im Rheinland präsentieren konnte (siehe S. 13 und S. 16 bis 17). Im Rheinland hat man verstanden: Nur im Miteinander und mit Kooperationen kann Naturschutz langfristig erfolgreich sein. Wenn man die Landwirte miteinbezieht, kann man den größten Nutzen für die Natur generieren. Jetzt muss die gesamte Politik verstehen, dass bloße Forderungen nach mehr Naturschutz per Gesetz ohne Bezahlung langfristig nicht nachhaltig sind und den Landwirtschaftsstandort Deutschland dauerhaft benachteiligen und langsam zerstören.